

## Finanzstatusbericht zum 31.07.2010

### 1. Einleitung

Dieser Finanzstatusbericht basiert auf dem Stand der Finanzbuchhaltung am 31.07.2010. Er enthält die Prognosen der budgetverantwortlichen Amtsleitungen auf den 31.12.2010 und führt diese zu einer Gesamtprognose auf den Jahresabschluss 2010 zusammen. Schließlich enthält der Bericht auch eine Bewertung des Status zum Stichtag.

Der Bericht soll dazu dienen, Verwaltungsleitung und Kreistag über den Stand der Haushaltswirtschaft im laufenden Haushaltsjahr zu informieren. Er soll die Haushaltssteuerung unterstützen, dem Kämmerer Entscheidungen über Steuerungsmaßnahmen erleichtern.

### 2. Gesamtergebnisplan

Pos.	Name	Ansatz 2010	Ermächtigungsübertragungen/ÜPL-APL	Prognose	Vergleich Prognose - Ansatz/ Erm.übertragung Spalte E-C-D
A	B	C	D	E	F
01	Steuern und ähnliche Abgaben	4.054.000	0	4.054.000	0
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	191.808.614	0	193.292.276	1.483.662
03	+ Sonstige Transfererträge	2.193.860	0	2.580.361	386.500
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	15.023.010	0	15.012.473	-10.537
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	240.230	0	242.839	2.609
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	12.896.900	0	12.782.677	-114.222
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	2.783.600	0	2.700.353	-83.246
08	+ Aktivierte Eigenleistung	110.000	0	121.000	11.000
09	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0
<b>10</b>	<b>= Ordentliche Erträge</b>	<b>229.110.214</b>	<b>0</b>	<b>230.785.980</b>	<b>1.675.765</b>
11	- Personalaufwendungen	35.610.000	0	35.252.104	-357.896
12	- Versorgungsaufwendungen	4.980.000	0	4.825.000	-155.000
13	- Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	18.411.502	2.125.460	19.849.265	-687.696
14	- Bilanzielle Abschreibungen	6.988.000	0	6.988.000	0
15	- Transferaufwendungen	129.629.933	289.916	130.186.712	266.863
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	39.338.949	127.199	38.878.099	-588.048
<b>17</b>	<b>= Ordentliche Aufwendungen</b>	<b>234.958.384</b>	<b>2.542.574</b>	<b>235.979.181</b>	<b>-1.521.777</b>
18	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (Z. 10+17)	-5.848.170	-2.542.574	-5.193.201	3.197.543
19	+ Finanzerträge	487.505	0	580.175	92.670
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	1.385.000	0	1.285.000	-100.000
21	= Finanzergebnis (Z. 19+20)	-897.495	0	-704.825	192.670
22	= Ordentliches Ergebnis (Z. 18+21)	-6.745.665	-2.542.574	-5.898.026	3.390.213
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0
25	= Außerordentliches Ergebnis (Z. 23+24)	0	0	0	0
<b>26</b>	<b>= Jahresergebnis (Z. 22+25)</b>	<b>-6.745.665</b>	<b>-2.542.574</b>	<b>-5.898.026</b>	<b>3.390.213</b>

In der Spalte „Vergleich Prognose – Ansatz/Ermächtigungsübertragung“ wird die Differenz zwischen der aktuellen Prognose und dem Ansatz des Haushaltsplanes 2010 zuzüglich der Ermächtigungsübertragungen nach 2010 dargestellt.

Unter Berücksichtigung von Haushaltsansatz 2010 und Ermächtigungsübertragungen würde das Jahresergebnis 2010 planmäßig einen Verlust von rd. 9,3 Mio. € ausweisen. Der vergleichbare Prognosewert auf den 31.07.2010 liegt jedoch "nur" bei 5,9 Mio. €. Die erwarteten Veränderungen von + 3,4 Mio. € sollen nachfolgend aufgezeigt werden.

Insgesamt werden bis zum Jahresende **Mehrerträge von rd. 1,7 Mio. €** erwartet. Im Finanzstatusbericht zum 30.04.2010 wurde eine Steigerung von ca. 2,2 Mio. € prognostiziert.

Bei den ordentlichen **Aufwendungen** wird mit geringeren Aufwendungen **von rd. 1,5 Mio. €** gerechnet. Im letzten Bericht wurden noch Mehraufwendungen von rd. 300 T€ prognostiziert.

Die Veränderungen sind im Wesentlichen auf die geringeren Aufwendungen bei der Kostenbeteiligung des Kreises für Unterkunft und Heizung nach dem Sozialgesetzbuch II - Grundsicherung für Arbeitsuchende - (- 1 Mio. €) und die folglich geringere Bundesbeteiligung (- 345 T€) zurückzuführen; im letzten Bericht ist noch ein planmäßiger Verlauf im Bereich der Grundsicherung prognostiziert worden.

Ergebnisbestimmend ist ferner der zu erwartende Verlauf des Personalbudgets; Einsparungen von rd. 0,5 Mio. € zeichnen sich ab.

Die Ergebnisverbesserung insgesamt von **rd. 3,4 Mio. €** bezogen auf Haushaltsansatz und Ermächtigungsübertragungen wird weiter erreicht durch die um **1,4 Mio. €** geringer ausfallende Landschaftsverbandsumlage.

Die Verbesserung der Erträge ist im Wesentlichen auf Veränderungen bei dem Produkt "Tageseinrichtungen für Kinder" zurückzuführen; bei der Position 02 (rd. + 1,4 Mio. €) werden u. a. die Bewilligungen aus 2009 für die U3-Betreuungsplätze im laufenden Jahr abgewickelt. Hier neutralisieren jedoch im gleichen Produkt die Mehraufwendungen bei den Transferaufwendungen das Ergebnis.

Beim Aufwand für Sach- und Dienstleistungen zeichnen sich im Rahmen der Bauunterhaltung ebenfalls Verschiebungen der Maßnahmen ab, so dass das erwartete Jahresergebnis in diesem Bereich den Ansatz um rd. 688 T€ unterschreitet.

Mehraufwendungen für Transferleistungen in den sozialen Bereichen "Grundsicherung im Alter" (+ 260 T€) und "Pflege" (+ 550 T€) belasten dagegen nach wie vor den Kreishaushalt.

Die aus dem Jahr 2009 übertragenen Ermächtigungen in Höhe von rd. 2,5 Mio. € stehen für Aufwendungen im Jahr 2010 zur Verfügung.

Das Jahresergebnis 2010 wird hierdurch unmittelbar belastet, wenn diese Ermächtigungen in Anspruch genommen werden. Inwieweit über diese zusätzlichen Ermächtigungen verfügt werden wird, lässt sich aus den Prognosen im Einzelnen ersehen. Entsprechende Erläuterungen erfolgen bei der jeweiligen Ziffer. In einzelnen Bereichen zeigt sich bereits jetzt, dass im Jahresabschluss 2010 wieder mit Ermächtigungsübertragungen gerechnet werden muss, wenn sich nicht eine Neuveranschlagung anbietet. Somit wird auch der Haushalt 2011 direkt belastet werden.

### 3. Personalbudget

Die Personalaufwendungen des Kreises sind aus den Budgets der Ämter herausgelöst und bilden ein eigenes abgeschlossenes Budget.

Es sind Aufwendungen für das aktive Personal und Versorgungsaufwendungen zu leisten. (- = Verbesserung, + = Verschlechterung)

Bezeichnung	Ansatz 2010	Prognose	Abweichung
	€	€	€
Bezüge der Beamten	9.827.000	9.708.000	- 119.000
Vergütung tariflich Beschäftigte	17.440.100	17.367.000	- 73.100
Vergütung sonst. Beschäftigte	388.330	305.000	- 83.330
Altersteilzeit	203.820	243.000	+ 39.180
Versorgungskassenbeiträge	5.254.500	5.388.000	+ 133.500
Sozialversicherungsbeiträge	3.498.630	3.454.000	- 44.630
Beihilfen/Unterstützungsleistg. für Beschäftigte	567.200	567.000	- 200
Rückstellungen aktives Personal	2.380.420	2.330.000	- 50.420
Beihilfenunterstützung ehem. Beschäftigte	580.000	580.000	+ 0
Rückstellungen ehem. Beamte	450.000	135.000	- 315.000
<b>Gesamtsumme</b>	<b>40.590.000</b>	<b>40.077.000</b>	<b>- 513.000</b>

Derzeit wird im Bereich der Personal- und Versorgungsaufwendungen mit Einsparungen von rd. 513 T€ gerechnet; im letzten Bericht zeichneten sich diese positiven Veränderungen noch nicht ab.

Lediglich in den Bereichen Altersteilzeit (+ 39 T€) und Versorgungskassenbeiträge (+ 133 T€) wird mit Überschreitungen der Ansätze gerechnet. Trotz der ausgewiesenen Einsparungen bei den Bezügen der Beamten übersteigt derzeit die aktuelle Prognose der Versorgungskasse für die Beiträge für Beamte den für 2010 gebildeten Ansatz um rd. 160 T€, gleichzeitig zeichnen sich Einsparungen bei den Versorgungskassenbeiträgen für tariflich Beschäftigte von rd. 27 T€ ab.

Aufgrund einer Änderung des Versorgungslastenverteilungsgesetzes (VLVG) ist mit einer Erhöhung der Rückstellung nicht zu rechnen, 50 T€ waren hierfür eingeplant und werden nicht benötigt. Auch bei den Rückstellungen für ehemalige Beamte wird der Ansatz voraussichtlich um rd. 315 T€ unterschritten.

Die Verwaltung prüft bei vakanten Stellen die Notwendigkeit der Wiederbesetzung und Möglichkeiten einer längeren Vakanz. Aufgrund des Antrages der FDP-Kreistagsfraktion vom 10.12.2009 werden die Prüfungen und Wiederbesetzungszeitpunkte dokumentiert. Im Finanzstatusbericht vom 30.04.2010 wurde erstmalig hierzu berichtet.

Die nachfolgende Übersicht gibt einen Überblick über Anzahl und Dauer der Vakanzen:

	Anzahl vakante Stellen	davon sofortige Wiederbesetzungen	davon bis 3 Monate vankant	davon bis 6 Monate vakant	davon über 6 Monate vakant	davon bis über den jeweiligen Berichtstermin hinaus vakant
Jahresbeginn bis 30.04.2010	20	1	7	4	1	7
Jahresbeginn bis 31.07.2010	25	2	9	5	2	7

Wie die Übersicht zeigt, ist es vielfach gelungen, von einer sofortigen Stellenbesetzung abzusehen, z. B. durch zeitlich befristete Umverteilung der Arbeit und Zurückstellung von Maßnahmen.

Da teilweise sensible Bereiche betroffen waren (z. B. Rettungsdienst, Allgemeiner Sozialer Dienst) war vereinzelt eine längere Vakanz nicht möglich. In einigen Fällen war sie nicht sinnvoll, da Nachwuchskräfte, die schon im Zeitvertrag beim Kreis Warendorf tätig waren, dort eingesetzt werden konnten.

Bereits bei der Planung der Haushaltsansätze ist die Verwaltung davon ausgegangen, dass im Vorhinein nicht planbare Vakanzan entstehen werden. Diese Vakanzan wurden somit bei der Bildung der Ansätze bereits berücksichtigt. Da die geplanten Ansätze jetzt sogar unterschritten werden können, zeigt sich ein Erfolg der stringenten Stellenbewirtschaftung.

#### 4. Prognosen im Einzelnen

Die Übersicht über den Gesamtergebnisplan (Punkt 2) weist eine Verbesserung des Jahresergebnisses, bezogen auf Haushaltsansatz und Ermächtigungsübertragungen, von rd. 3,4 Mio. € aus. Diese Abweichung ist wie folgt zu begründen:

##### Ziffer 01 – Steuern und ähnliche Abgaben

+/- 0 T€

Die Bewilligung der Ausgleichsleistung des Landes für den Fortfall des Wohngeldes wurde mit 3,7 Mio. € (Ergebnis 2009: rd. 3.696 T€) in den Haushalt eingestellt.

Zurzeit ist offen, ob und ggf. in welcher Höhe das Land eine Festsetzung vornehmen wird, nachdem der Verfassungsgerichtshof NRW die entsprechenden Regelungen des Ausführungsgesetzes zum SGB II für mit der Verfassung unvereinbar erklärt hat. Ein Bescheid vom 28.07.2010 über eine vorläufige Teilauszahlung von rd. 1,5 Mio. € wurde jedoch inzwischen aufgehoben. Bislang ist keine Auszahlung erfolgt. Die Höhe des zu erwartenden Ertragsausfalls ist derzeit in keiner Weise einzuschätzen.

Mit einer Information und eventuellen Teilauszahlung wird nun in der zweiten Septemberhälfte gerechnet, und damit nach Redaktionsschluss dieses Finanzstatusberichtes. Es könnte zu einem Ertragsausfall bis zu 1,0 Mio. € kommen.

Wie die nachfolgende Übersicht zeigt, hat sich diese Leistung des Landes in den letzten Jahren stetig verringert, folgende Zahlungen sind geflossen:

2007 in T€	2008 in T€	2009 in T€	2010 (Ansatz) in T€
6.937	5.403	3.696	3.700

**Ziffer 02 – Zuwendungen und allgemeine Umlagen + 1.484 T€**

Die gravierende Abweichung (+ 1,4 Mio. €) zeigt sich in dem Produkt Tagesbetreuung für Kinder. Veranschlagt sind hier Mittel für den Ausbau von Plätzen für Kinder unter 3 Jahren in Tageseinrichtungen und Tagespflege. Aufgrund des bisherigen Baufortschritts werden die bereits in 2009 bewilligten Mittel in 2010 in Höhe von rd. 2,1 Mio. € beim LWL – Landesjugendamt abgerufen. Die Bewilligungen aus dem Investitionsprogramm für das Jahr 2010 liegen um rd. 0,7 Mio. € unter dem Ansatz. Die parallele Weitergabe der Mittel an die Träger der Einrichtungen (Ziffer 15) neutralisiert diese Ertragsveränderungen.

Nicht veranschlagte bzw. über den Ansatz hinausgehende Erträge aus Zuwendungen gehen ein z. B. für Schulprojekte (+ 83 T€), im Rahmen der Ausgleichsleistungen nach dem SGB IX (+ 21 T€) und für die Aktion "Jugend in Arbeit" (+ 50 T€).

Die Landeszuwendung für die Errichtung eines Pflegestützpunktes fällt um rd. 47 T€ geringer aus als erwartet. Ursächlich sind entsprechend geringere Aufwendungen für dieses Projekt.

Im Produkt "Integration" werden aus dem Landesprogramm KOMM IN geringere Zuwendungen als veranschlagt erwartet; der Prognosewert liegt um rd. 20 T€ unter dem Ansatz.

Im Produktbereich des Vermessungs- und Katasteramtes haben sich Änderungen bei den durchzuführenden Projekten ergeben, insgesamt werden rd. 20 T€ weniger Zuwendungen als veranschlagt erwartet.

Die Erträge im Rahmen des Finanzausgleichs wurden auf der Grundlage der 3. Modellrechnung annähernd korrekt veranschlagt, nach den Festsetzungen des GFG 2010 zeichnen sich insgesamt leichte Abweichungen ab.

Aus dem angekündigten Nachtrag des Landes zum GFG 2010 rechnet der Kreis jedoch mit einer Nachbewilligung in Höhe von bis zu 4 % der Schlüsselzuweisungen; dies wäre ein Betrag von rd. 1,0 Mio. €. Da jedoch noch nicht bekannt ist, nach welchen Kriterien das sogenannte Notpaket verteilt wird, muss die Prognose derzeit noch offen bleiben.

Zuwendungen im Rahmen des Konjunkturpaketes II sind in der Höhe der zu erwartenden Aufwendungen (in 2010: 2.551 T€) eingeplant. Durch den direkten Abbruch der Fördermittel verhalten sich die Mittel abschlussneutral.

**Ziffer 03 – Sonstige Transfererträge + 387 T€**

Über die Ansätze hinaus gehen die Erträge bei dem Produkt 050440 – Pflege – (+ 190 T€), bei dem Produkt 050120 – Grundsicherung im Alter – (+ 50 T€), bei dem Produkt 060410 – Außerfamiliäre Hilfsformen – (+ 100 T€) und bei dem Produkt 050910 – Unterhaltsvorschuss – (+ 50 T€) -.

**Ziffer 04 – öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte****- 11 T€**

Die unterschiedliche Entwicklung der einzelnen Gebührenansätze des Kreishaushaltes zeigt die nachfolgende Tabelle:

Produkt	Bezeichnung	Ansatz €	Prognose €	Abweichung €
100210	Wohnungsbauförderung	110.000	110.000	0
010810	Kreispolizeibehörde	135.000	145.000	10.000
020230	Bußgeldstelle	20.000	18.000	-2.000
020240	Personenstand, Staatsangeh.	72.000	72.000	0
020250	Aufenth. Ausländer / Asylbewerber	110.000	100.000	-10.000
020320	Rettungsdienst	4.100.000	4.150.000	50.000
020410	Verkehrssicherung	130.000	135.000	5.000
020420	Gewerbl. Pers.bef., GKr.Verkehr	40.000	60.000	20.000
020430	Fahrerlaubnisse, Fahrschulang.	550.000	530.000	-20.000
020440	Kfz.- Zulassungen	1.900.000	1.900.000	0
020610	Überwachung Lebensm. u.a.	7.000	13.000	6.000
020620	Überwachung Fleischhygiene	634.000	520.000	-114.000
020710	Tierseuchenbekämpfung	22.000	30.000	8.000
020730	Tierschutz	4.000	4.000	0
030110	Berufskollegs	300	300	0
030120	Förderschulen	5.600	8.747	3.147
050440	Pflege	2.000	8.500	6.500
060110	Jugendsozialarbeit, Ki/JuSchutz	2.500	2.500	0
060510	Tagesbetreuung für Kinder	4.740.000	4.740.000	0
070120	Ärztliche/zahnärztliche Gutachten	145.000	150.000	5.000
070130	Gesundheitsschutz	80.000	80.000	0
130110	Landschaftspflege, Naturschutz	206.000	206.000	0
090210	Vermessung/Erhebung Geodaten	180.000	180.000	0
090220	Führung von Geobasisdaten	350.000	180.000	-170.000
090230	Geoinformationsdienste	250.000	250.000	0
090240	Grundstückswerte/neuordnung	45.000	60.000	15.000
100110	Genehmigungsverfahren	700.000	750.000	50.000
100115	Immissionsschutz	100.000	200.000	100.000
100120	Bauüberwachung- und -überprüfung	73.000	70.000	-3.000
110110	Abfallentsorgung/-überwachung	6.000	8.500	2.500
120110	Straßenbau und -unterhaltung	4.000	4.000	0
140110	Landw. Wasserwirtschaft	90.000	100.000	10.000

Wie die vorstehende Tabelle zeigt, weichen die Prognosen in verschiedenen Bereichen von den geplanten Ansätzen ab; beispielhaft für über den Ansatz hinausgehende Prognosen sind hier die Bereiche Rettungsdienst (+ 50 T€) und gewerbliche Personenbeförderung/ Güterkraftverkehr (+ 20 T€) zu nennen.

Gebühren im Immissionsschutz (+ 100 T€) sind vollständig an das Land abzuführen.

Die Tabelle weist aus, dass Mehrerträge bei den konjunkturabhängigen Baugebühren (+ 50 T€) erwartet werden. Allerdings wurde dieser Teilansatz im Haushalt 2010 gegenüber 2009 um 200 T€ gekürzt, so dass die früher erzielte Höhe noch nicht wieder erreicht wird.

Geringere Gebührenerträge werden im Bereich der Führung der Geobasisdaten erwartet (- 170 T€), ursächlich sind geringere Ausweisungen von Bauland der

Gemeinden im Kreis sowie die gesunkene Anzahl der Grundstücksteilungen, insbesondere aber die Anzahl der neu gebildeten Flurstücke, nach der sich die Höhe der Gebühr bemisst.

Die geringeren Gebühren im Rahmen der Fleischhygiene – Produkt 020620 – (- 114 T€) sind auf rückläufige Schlachtzahlen, einen Rückgang bei den BSE-Untersuchungen und Buchungen bei dem Produkt 020610 – Überwachung Lebensmittel –, wenn gleichzeitig Zertifikate ausgestellt werden, zurück zuführen; geringere Sachaufwendungen (- 43 T€) für die BSE-Untersuchungen stehen dem gegenüber.

#### **Ziffer 06 – Kostenerstattungen und Kostenumlagen - 114 T€**

Bei den Grundsicherungsleistungen wird der Ansatz Kosten der Unterkunft (KdU) voraussichtlich nicht ausgeschöpft. Durch geringere Aufwendungen KdU verringert sich auch die Bundesbeteiligung um rd. 345 T€.

Kostenerstattungen im Produkt 060410 – Außerfamiliäre Hilfsformen – übersteigen den Teilansatz um rd. 142 T€, im Produkt 050910 – Unterhaltsvorschuss – wird der Teilansatz um rd. 80 T€ und im Produkt 020340 – Leitstelle – um rd. 38 T€ überschritten.

Der Kreis Warendorf als Beklagter führt derzeit in einer Angelegenheit des Veterinäramtes auf Anweisung des Landes NRW einen Prozess über mehrere Instanzen; die anfallenden Gerichts- und Sachverständigenkosten werden vom Land erstattet (Rechtsamt, + 23 T€).

Im Produkt Straßenbau und -unterhaltung werden Erträge (- 32 T€), deren Ansatz der Ziffer 06 zugeordnet war, jetzt haushaltssystematisch richtig unter Ziffer 07 verbucht.

Im Teilergebnisplan 100120 Bauüberwachung werden voraussichtlich weniger Ersatzvornahmen durchgeführt; Kostenerstattungen entfallen daher in gleicher Höhe (- 10 T€).

#### **Ziffer 07 – sonstige ordentliche Erträge - 83 T€**

Der überwiegende Anteil des Ansatzes 2010 enthält Buß- und Zwangsgelder aus den verschiedensten Verwaltungsbereichen. Wie die Prognosen der Ämter zeigen, werden die Ansätze insgesamt nicht erreicht.

Im Produkt 020230 – Bußgeldstelle – wird dieser Ansatz allein um rd. 270 T€ unterschritten. Bußgelder werden erhoben im Rahmen der Geschwindigkeitsmessungen der Kreispolizeibehörde und des Kreises selbst. In beiden Bereichen sind schlechtes Wetter und Ausfälle aufgrund von Reparaturarbeiten ursächlich für die prognostizierten Ertragsausfälle.

Im Produkt 100120 – Bauüberwachung – werden um rd. 10 T€ weniger Buß- und Zwangsgelder prognostiziert.

Anders verläuft es in den Produkten 020320 Rettungsdienst (+ 18 T€), 020340 Leitstelle (+ 13 T€), 020420 Gewerbliche Personenbeförderung (+ 30 T€) und 070130 Gesundheitsschutz (+ 5 T€), hier lassen vermehrte Bußgeldverfahren höhere Erträge erwarten.

Im Bereich Informationstechnik werden höhere Erträge (+ 10 T€) erwartet, ursächlich ist die Rückzahlung überzahlter Entgelte des Rechenzentrums citeq für das Jahr 2009 an die Kooperationspartner.

Darüber hinaus enthält diese Ziffer des Ergebnisplanes nicht planbare Erträge, wie z. B. Säumniszuschläge, Stundungszinsen, Ersatzleistungen von Versicherungen, Skonti, Erstattungen von Leistungen nach dem Altersteilzeitgesetz und andere.

**Ziffer 08 – aktivierte Eigenleistungen + 11 T€**

Erstmals in 2009 wurde hierzu ein Ansatz geschätzt. Diese Erträge stellen innerbetriebliche Leistungen dar, die mit eigenen Arbeitskräften und Materialien hergestellt werden und die zu den Herstellungskosten einer Investition aktiviert werden. Es handelt sich dabei um Vermessungsleistungen des Vermessungs- und Katasteramtes und um Leistungen im Rahmen des Straßenbaus.

Nach den momentanen Schätzungen wird ein leicht positiver Verlauf erwartet.

**Ziffer 13 – Aufwand für Sach- und Dienstleistungen - 688 T€**

Veranschlagt sind hier die Aufwendungen für die Unterhaltung der Grundstücke und Gebäude, der Fahrzeuge und des sonstigen Anlagevermögens.

Der Ansatz des Haushaltes 2010 in Höhe von rd. 18,4 Mio. € wurde fortgeschrieben um die aus dem Vorjahr übertragenen Ermächtigungen in Höhe von insgesamt rd. 2,1 Mio. €.

Für die Sanierung der Außenfassade des Berufskollegs Beckum steht ein Ansatz im laufenden Jahr von 1,4 Mio. € sowie eine Ermächtigungsübertragung von rd. 1,8 Mio. € zur Verfügung. Wie bereits in den vergangenen Jahren zeigt sich, dass die Mittel nicht wie veranschlagt (- 0,8 Mio. €) abfließen werden. Die Baumaßnahme kann nicht so zügig wie geplant durchgeführt werden. Lediglich Aufwendungen in Höhe von rd. 2,4 Mio. € werden für diese Maßnahme in 2010 erwartet. Hier wird voraussichtlich eine Ermächtigungsübertragung vorgenommen.

Aufwendungen im Rahmen des Konjunkturpaketes II werden in Höhe des Ansatzes 2010, rd. 2,5 Mio. €, erwartet. Diesen Aufwendungen stehen in gleicher Höhe Erträge bei den Zuwendungen gegenüber; insgesamt verhalten sich diese Maßnahmen abschlussneutral.

Im Haushalt 2010 geplante Aufwendungen für Brandschutzmaßnahmen am Museum Abtei Liesborn (385 T€) werden voraussichtlich wie geplant in Anspruch genommen.

In verschiedenen Bereichen gibt es Abweichungen bei dieser Position. Mehraufwendungen z. B. im Bereich Immissionsschutz (+ 150 T€), Rettungsdienst (+ 26 T€) und im Bereich Unterhaltsvorschuss (+ 30 T€) zeichnen sich ab. Im Bereich der Überwachung der Fleischhygiene sind dagegen aufgrund der rückläufigen Anzahl der BSE-Untersuchungen geringere Aufwendungen (- 43 T€) zu erwarten.

Die übrigen Ansätze, insbesondere die Festwerte der Schulen, werden nach heutigem Stand ausgeschöpft werden.

#### Ziffer 14 – Bilanzielle Abschreibungen

**+/- 0 T€**

Der bisherige Verlauf des Haushaltsjahres 2010 hat gezeigt, dass Abschreibungen auf das Anlagevermögen voraussichtlich in der veranschlagten Höhe erforderlich werden.

#### Ziffer 15 – Transferaufwendungen

**+ 267 T€**

Produkt	Bezeichnung	Ansatz 2010 €	Prognose €	Abweichung €	Abweichung im Produkt €
<b>050110</b>	<b>Hilfe zum Lebensunterhalt</b>	<b>1.600.000</b>	<b>1.620.000</b>		<b>+ 20.000</b>
	- außerhalb von Einrichtungen	1.050.000	1.020.000	- 30.000	
	- in Einrichtungen	500.000	500.000	+ 0	
	- Jugend in Arbeit	50.000	100.000	+ 50.000	
<b>050120</b>	<b>Grundsicherung Alter/Erwerbsminderung</b>	<b>9.500.000</b>	<b>9.760.000</b>		<b>+ 260.000</b>
	- außerhalb von Einrichtungen	8.750.000	9.030.000	+ 280.000	
	- in Einrichtungen	750.000	730.000	- 20.000	
<b>050130</b>	<b>Hilfe in bes. Lebenssituationen</b>	<b>3.901.900</b>	<b>3.901.900</b>	+ 0	<b>+ 0</b>
<b>050440</b>	<b>Pflege</b>	<b>12.790.000</b>	<b>13.340.000</b>		<b>+ 550.000</b>
	- ambulant	960.000	900.000	- 60.000	
	-stationär	6.000.000	6.000.000	+ 0	
	-Pflegewohngeld	4.500.000	5.000.000	+ 500.000	
	- Zusch. An amb. Pflegeeinrichtungen	850.000	890.000	+ 40.000	
	- bewohnerorientierte Aufwendungszuschüsse	480.000	550.000	+ 70.000	
	<b>Gesamtsumme</b>	<b>27.791.900</b>	<b>28.621.900</b>	<b>+ 830.000</b>	<b>+ 830.000</b>

Wie die Tabelle zeigt, wird bei den sozialen Leistungen insgesamt voraussichtlich ein Mehraufwand von rd. 830 T€ eintreten.

Die Erwartungen des Sozialamtes für die Aufwendungen des Produktes – Pflege – gehen um rd. 550 T€ über den optimistisch äußerst knapp kalkulierten Ansatz 2010 hinaus.

Die Fallzahlen beim Pflegewohngeld liegen aktuell im Juli 2010 bei 805 (Juli 2009: 778 Fälle), dies bedeutet eine Steigerung von rd. 3,5 %. Für den Verlauf des Jahres wird mit durchschnittlich 800 Hilfeempfängern gerechnet (Planzahl: 820 Hilfeempfänger). Das Pflegewohngeld wird auf der Grundlage der anerkannten Investitionskosten der Einrichtungen berechnet, höhere Investitionskosten werden anerkannt z. B. bei Um- und Renovierungsmaßnahmen, bei Neubauten und Anbauten. Die durchschnittlichen Investitionskosten für ein Einzel- bzw. Mehrbettzimmer sind von 2008 zu 2009 um rd. 10 % gestiegen, dies bedingt steigende Aufwendungen pro Fall. Diese Entwicklung lässt Mehraufwendungen allein im Bereich Pflegewohngeld von rd. 500 T€ erwarten.

Die Anträge auf Zuschüsse für ambulante Pflegedienste mussten bis zum 01.03.2010 gestellt sein, nach Überprüfung der Antragsunterlagen beträgt die Fördersumme rd. 890 T€ (+ 40 T€).

Für bewohnerorientierte Aufwendungszuschüsse wird mit einem Mehraufwand von 70 T€ gerechnet.

Im Bereich der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen wird mit einem Mehraufwand von rd. 280 T€ gerechnet. Ursächlich sind nicht höhere Fallzahlen, sondern die sich abzeichnenden höheren durchschnittlichen Aufwendungen für den einzelnen Fall bei den Leistungen für Personen ab 65 Jahren.

Für die zu erwartenden Mehraufwendungen für das Projekt "Jugend in Arbeit" (+ 50 T€) stehen Mehrerträge in entsprechender Höhe (Ziffer 02) zur Verfügung.

Im Budget des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien zeichnen sich folgende gravierenden Veränderungen bei den Transferaufwendungen ab:

Im Produkt – Tagesbetreuung für Kinder – fließen Mittel für den Ausbau von Plätzen für Kinder unter 3 Jahren in Tageseinrichtungen und Tagespflege aufgrund des Baufortschritts in diesem Jahr ab, die in 2009 bereits bewilligt wurden und nicht im Ansatz 2010 berücksichtigt sind (+ 2,1 Mio. €). Die Bewilligungen aus dem Investitionsprogramm für das Jahr 2010 liegen derzeit um rd. 0,7 Mio. € unter dem Ansatz (insgesamt + 1,4 Mio. €). Die sich parallel ergebenden Auswirkungen auf der Ertragsseite wurden bereits unter Ziffer 02 erläutert.

Gleichzeitig werden im gleichen Produkt für den Bereich der Tagespflege geringere Aufwendungen (- 200 T€) erwartet. Grund sind weniger Kinder, die in Tagespflege betreut werden als erwartet (derzeit 248 Kinder in Tagespflege, Planzahl 300 Kinder).

Weiter zeichnet sich eine Verschlechterung im Produkt – Unterhaltsvorschuss – (+ 173 T€), im Produkt – Außerfamiliäre Hilfsformen – (+ 100 T€) und im Produkt – Mitwirkung in gerichtlichen Verfahren – (+ 30 T€) ab.

Vom veranschlagten Finanzbedarf der Jugendamtsumlage lässt sich insgesamt noch keine Abweichung feststellen.

Rechnerisch aufgefangen werden Mehraufwendungen bei dieser Ziffer durch die um **rd. 1,4 Mio. € geringeren** Aufwendungen für die Landschaftsverbandsumlage.

Weiter wird damit gerechnet, dass die mit 1 Mio. € im Haushalt eingestellte Verlustabdeckung RVM voraussichtlich um rd. 500 T€ geringer ausfallen wird.

Die Inanspruchnahme der Ermächtigungsübertragungen (290 T€) verteilt sich auf die verschiedenen Ämterbudgets und wird voraussichtlich in Höhe der übertragenen Beträge erfolgen.

**Ziffer 16 – Sonstige ordentliche Aufwendungen****- 588 T€**

Produkt	Position und Bezeichnung	Ansatz 2010 €	Prognose €	Abweichung €	Abweichung im Produkt €
<b>050210 Grundsicherung</b>					
<b>Erträge</b>					
	<b>Pos. 01 Steuern und ähnliche Abgaben</b>	<b>3.700.000</b>	<b>3.700.000</b>		<b>+ 0</b>
	<b>Pos. 06 Kostenerstatt. u. Kostenumlagen</b>	<b>8.125.000</b>	<b>7.758.000</b>		<b>- 367.000</b>
	- Erstattung Bund v. Pers. u. Sachkosten	550.000	528.000	- 22.000	
	- Erstattung in Frauenhausfällen	100.000	100.000	+ 0	
	- Bundesbet. f. Unterkunft und Heizung	7.475.000	7.130.000	- 345.000	
<b>Aufwendungen</b>					
	<b>Pos. 16 Sonst. ord. Aufwendungen</b>	<b>33.723.500</b>	<b>32.783.500</b>		<b>- 940.000</b>
	- Leistungsbet. Unterkunft u. Heizung	33.000.000	32.000.000	- 1.000.000	
	- Leistungsbet. Einmalige Leistungen	600.000	660.000	+ 60.000	
	- Leistungsbet. Eingliederung	115.000	115.000	+ 0	
	- Allg. Geschäftsaufwendungen	8.500	8.500	+ 0	
<b>Saldo aus Erträgen und Aufwendungen</b>					<b>- 573.000</b>

Die Kostenbeteiligung des Kreises für Unterkunft und Heizung (KdU) und einmalige Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II - Grundsicherung für Arbeitsuchende sind im Ansatz 2010 mit 33,7 Mio. € enthalten. Das Ergebnis dieser Aufwandsposition wird also durch diese Leistungen beherrscht. Im letzten Bericht gingen Sozialamt und ARGE SGB II noch davon aus, dass der Aufwand planmäßig verlaufen wird, mittlerweile zeichnet sich eine mögliche Einsparung von rd. 573 T€ ab.

Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften beläuft sich im Monat Juli 2010 auf 8.638, der Ansatz 2010 geht von durchschnittlich 8.850 Bedarfsgemeinschaften aus. Im Jahresdurchschnitt wird derzeit mit ca. 8.600 Bedarfsgemeinschaften gerechnet, der Prognosewert unterschreitet die Planzahl um ca. 2,8 %. Durch geringere Aufwendungen KdU verringert sich auch die Bundesbeteiligung.

Bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen werden u. a. Wertberichtigungen verbucht. Hier wurden in der Planung für das laufende Jahr 298.500 € Pauschalwertberichtigungen dem Produkt 010620 – Finanzbuchhaltung – und 237.000 € Wertberichtigungen direkt den einzelnen Produkten zugeordnet. Insgesamt werden die Wertberichtigungen voraussichtlich die Teilansätze um rd. 500 T€ überschreiten. Im Bereich der Pauschalwertberichtigungen (Produkt 010620) ist mit rd. 50 T€ und im Bereich Kfz-Zulassungen mit rd. 20 T€ geringeren Aufwendungen zu rechnen, jedoch gehen beispielsweise die Prognosen in den Bereichen Pflege (+ 307 T€), Unterhaltsvorschuss (+ 245 T€) und Abfallentsorgung (+ 27 T€) weit über die veranschlagten Beträge hinaus.

Die Aufwendungen für die Errichtung eines Pflegestützpunktes fallen um rd. 75 T€ geringer aus als erwartet. Weiter ist im Bereich Pflege mit geringeren Aufwendungen für das Fallmanagement (- 25 T€) zu rechnen.

Im Bereich der Informationstechnik ist mit rd. 25 T€ weniger Aufwendungen bei dieser Position zu rechnen; hier konnten Telefonkosten durch Tarifumstellungen gesenkt werden, Mieten und Leasingaufwendungen fallen geringer aus als im Haushalt 2010 eingestellt.

Ermächtigungsübertragungen von insgesamt 127 T€ in verschiedenen Produkten werden voraussichtlich planmäßig in Anspruch genommen.

<b>Ziffer 19 – Finanzerträge</b>	<b>+ 93 T€</b>
<b>Ziffer 20 – Zinsen</b>	<b>- 100 T€</b>

Das um 193 T€ verbesserte Finanzergebnis wird u. a. erreicht durch die über den Ansatz hinausgehenden Finanzerträge im Bereich der Beteiligungsgesellschaften. Im Einzelnen werden folgende Veränderungen erwartet: Wasserversorgung Beckum GmbH (+ 15 T€) und Abfallwirtschaftsgesellschaft des Kreises Warendorf mbH (+ 54 T€). Anders sieht es bei der Radio WAF GmbH aus, mit der eingeplanten Gewinnausschüttung von 15 T€ ist derzeit nicht zu rechnen.

Die gute Liquidität der Kreiskasse und niedrige Zinssätze führen dazu, dass in Höhe von 50 T€ eingeplante Zinsaufwendungen für Kassenkredite voraussichtlich nicht in voller Höhe (- 40 T€) benötigt werden. Zusätzlich wurden kurzfristige Geldanlagen möglich. Ein Kapitalstock i.H.v. 4,5 Mio. € für spätere Pensionslasten ist zinsbringend angelegt.

Ein Betrag von rd. 1,3 Mio. € ist eingeplant für Zinsen für Investitionskredite, hier wird voraussichtlich der Ansatz um rd. 60 T€ unterschritten, weil bisher keine neuen Kredite aufgenommen wurden.

## 5. Finanzplan

Im Finanzplan ist eine Kapitalerhöhung für den Flughafen Münster-Osnabrück i.H.v. 780 T€ eingeplant. Die Verlängerung der Start- und Landebahn wird sich weiter zeitlich verzögern, so dass das Geld auch in 2010 noch nicht abfließen wird.

In der nachfolgenden Tabelle werden die Investitionen im Bereich Straßenbau und -unterhaltung aufgeführt, bei denen in 2010 nicht mit einem planmäßigen Verlauf gerechnet wird:

Investition	Bezeichnung	Ansatz 2010 in €	davon Erm.ü. aus 2009 in €	Prognose 2010 in €	Ab- weichung in €	Erläuterung
Eisenbahnkreuz Warendorf-Katzheide Invest.Nr. 06.66.008	Ausz. Tiefbaumaßnahmen	85.000	85.000	0	-85.000	
Bau K 2 Ennigerloh Invest.Nr. 06.66.011	Ausz. Tiefbaumaßnahmen	257.900	257.900	0	-257.900	
Ortsumgehung Oelde Invest.Nr. 06.66.012	Ausz. Tiefbaumaßnahmen	267.611	267.611	0	-267.611	
Schulwegsicherung an Kreisstraßen Invest.Nr. 07.66.000	Investitionszuweisungen vom Land	75.000		75.700	700	
	Ausz. Tiefbaumaßnahmen	193.000	33.000	100.000	-93.000	
Ausbau von Radwegen Invest.Nr. 07.66.001	Investitionszuweisung vom Land	70.000		7.000	-63.000	
	Ausz. Tiefbaumaßnahmen	110.000	10.000	10.000	-100.000	
Ausbau K 46 Westbevern-Vadруп Invest.Nr. 08.66.002	Investitionszuweisung vom Land	200.000		0	-200.000	Maßnahme wird nicht durchgeführt
	Ausz. Tiefbaumaßnahmen	200.000		0	-200.000	
Kreisverkehr Everswinkel Invest.Nr. 09.66.002	Investitionszuweisung v. Gemeinde	0		81.000	81.000	nicht eingeplant
Neubau Radweg K 18 Milte-Sassenberg Invest.Nr. 10.66.000	Investitionszuweisung vom Land	200.000		0	-200.000	
	Ausz. Tiefbaumaßnahmen	500.000		0	-500.000	
K 50 Orkotten Telgte Radwege Invest.Nr. 10.66.001	Investitionszuweisung vom Land	450.000		0	-450.000	
	Ausz. Tiefbaumaßnahmen	450.000		0	-450.000	
K 2 Radweg Beelen-Ostenfelde Invest.Nr. 12.66.002	Investitionszuweisung vom Land	200.000		0	-200.000	
	Ausz. Tiefbaumaßnahmen	317.000		0	-317.000	
Summe Einzahlungen					-1.031.300	
Summe Auszahlungen					-2.270.511	
Saldo aus Einzahlungen und Auszahlungen					-1.239.211	

Die mit 200 T€ in den Finanzplan eingestellte Investitionsmaßnahme "Einführung Digitalfunk" wird ebenfalls nicht mehr in 2010 umgesetzt werden.

Die aufgeführten Veränderungen im Finanzplan lassen ein insgesamt um rd. 2,2 Mio. € verbessertes Finanzergebnis erwarten.

## 6. Bewertung des Zwischenberichtes

Ergebnisbestimmend sind die Aufwendungen für die Landschaftsumlage, die um rd. **1.445 T€** hinter dem Ansatz zurückbleiben.

Den Mehrerträgen (**1,35 Mio. €**) im Bereich des Ausbaus von Plätzen für Kinder unter 3 Jahren in Tageseinrichtungen und Tagespflege stehen entsprechende Mehraufwendungen gegenüber.

Der Verlauf des Personalbudgets ist positiv zu bewerten; die im letzten Bericht als Ziel angestrebten Einsparungen zeichnen sich mittlerweile mit rd. **- 0,5 Mio. €** ab.

Darüber hinaus zeichnet sich jetzt ab, dass die Unterhaltungsmaßnahme am Berufskolleg Beckum (Ansatz 2010: 1,4 Mio. €, Ermächtigungsübertragung:

1,8 Mio. €) zögerlicher umgesetzt wird als geplant, so dass über die Mittel bis auf einen Betrag von voraussichtlich 2,4 Mio. € nicht mehr im laufenden Jahr verfügt wird (- 0,8 Mio. €). Die Mittel zur Bestreitung der restlichen Aufwendungen sollen als Ermächtigungsübertragung bereitgestellt werden.

Minderaufwendungen im Bereich der Kosten der Unterkunft zeichnen sich derzeit ab; unter Berücksichtigung einer geringeren Bundesbeteiligung wird das Ergebnis um rd. **0,7 Mio. €** besser ausfallen. Mehraufwendungen im sozialen Bereich belasten gleichzeitig das Ergebnis (**+ 0,8 Mio. €**).

Die tatsächliche Entwicklung bei den Sozialen Leistungen ist schwer absehbar. Auch die Hochrechnungen auf Basis der Ergebnisse am 31.07. sind selbstverständlich noch mit Unsicherheiten belastet.

Somit schließt die Prognose dieses Finanzstatus mit einer Verbesserung von rd. **3,4 Mio. €** gegenüber den Ansätzen des Haushaltes zuzüglich Ermächtigungsübertragungen ab:

Abweichungsgrund	Umfang/Auswirkung €
Mehrertrag aus Zuwendungen U 3 (Ziff. 02)	1.348.000
weitere Mehrerträge im Bereich des Jugendamtes (Ziff. 02 u. 03)	206.000
Mehrerträge im sozialen Bereich, u.a. JiA (Ziff. 02 u. 03)	254.000
verschiedene Mehrerträge (Ziff. 02 u. 03)	62.000
Minderträge im Bereich der Gebührenhaushalte (Ziff. 04)	-10.000
Mindererträge Bundesbeteiligung KdU (Ziff. 06)	-345.000
Mehrerträge UVG (+ 80 T€), außerfam. Hilfsformen (+142 T€) u.a. (Ziff. 06)	232.000
Mindererträge im Bereich der Bußgelder (sonstige Erträge, Ziff. 07)	-83.000
Mehrerträge im Bereich der aktivierten Eigenleistungen (Ziff. 08)	11.000
<b>Summe Erträge</b>	<b>1.675.000</b>
Minderaufwand Personalbudget (Ziff. 11 u. 12)	-513.000
Minderaufwand Unterhaltung der Gebäude (Ziff. 13)	-688.000
Mehraufwand soziale Leistungen (Ziff. 15)	840.000
Mehraufwand U 3 Investitionsprogramm (Ziff. 15)	1.348.000
Veränderungen b. Ziff. 15 in Amt 51: UVG (+173 T€), außerfam. Hilfsformen (+100 T€), Tagespflege (-200 T€), weitere Mehraufwendungen (+ 163 T€)	236.000
Minderaufwand Landschaftsverbandsumlage (Ziff. 15)	-1.445.000
Minderaufwand Verlustabdeckung RVM (Ziff. 15)	-500.000
weiterer Minderaufwand bei den Transferaufwendungen (Ziff. 15)	-200.000
Mehraufwand Wertberichtigungen (Ziff. 16)	500.000
Minderaufwendungen KdU (Ziff. 16)	-1.000.000
Minderaufwand Produkt Pflege (Pflegestützpunkte -75 T€, Fallmanagement - 25 T€) (Ziff. 16)	-100.000
<b>Summe Aufwendungen</b>	<b>-1.522.000</b>
Verbesserung Finanzergebnis	193.000
<b>Verbesserung</b>	<b>3.390.000</b>

Für den zum Stichtag erwarteten Jahresabschluss 2010 würde dies eine Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage in Höhe von rd. 5,9 Mio. € (**- 0,8 Mio. €**) gegenüber der Veranschlagung im Haushaltsplan 2010 von rd. 6,7 Mio. € bedeuten.

Es zeichnet sich bereits jetzt ab, dass auch im Rahmen des Jahresabschlusses 2010 wieder Ermächtigungsübertragungen nach 2011 erforderlich werden, die dann den ohnehin nur schwer auszugleichenden Haushalt 2011 unmittelbar belasten.

Bei der Wertung des Zwischenberichtes darf in keinem Fall außer Acht gelassen werden, dass derzeit noch die Landeswohngelderstattung in Höhe des Ansatzes mit 3,7 Mio. € in die Prognosen eingerechnet ist. Die derzeitige unsichere Rechtslage lässt gravierende Ertragsausfälle erwarten. Wie bereits unter Ziffer 01 erläutert, kann die Höhe der zu erwartenden Erstattung noch nicht beziffert werden. Einnahmeausfälle in einer Größenordnung von rd. 1,0 Mio. € scheinen derzeit möglich. Beim nächsten Bericht müsste diese Unsicherheit behoben sein.

Gleichzeitig steht derzeit das von der Landesregierung NRW in Aussicht gestellte Notpaket für Städte und Gemeinden in der Diskussion. Eine beabsichtigte Aufstockung der Leistungen nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz um 300 Mio. € (= vier Prozent) ist angekündigt. Was den Zeitplan angeht, wird von einer Einbringung des hierfür erforderlichen Nachtragshaushaltes für Ende September/Anfang Oktober ausgegangen. Auch der Schlüssel für die Verteilung möglicher Gelder steht noch nicht fest; von der Landesregierung wurde ein Gutachten in Auftrag gegeben, dessen Ergebnisse erst Anfang November erwartet werden. Offen ist auch, ob die zusätzlichen Mittel umlagewirksam sein werden und es damit eventuell auch über die Kreisumlage zu Nachzahlungen kommt.

Die Zusammenführung der Prognosen führt zwar zu einer rechnerischen Verbesserung von 0,8 Mio. € gegenüber dem Ergebnishaushalt 2010. Die Erfahrung seit Aufstellung von Finanzstatusberichten zeigt jedoch, dass die unterjährigen Prognosen stets unter besonderer Vorsicht getroffen werden, während sich die tatsächliche Entwicklung günstiger zeigt.

Hinzu kommen noch nicht abzusehende Veränderungen im Rahmen des Jahresabschlusses und der Aufstellung der Bilanz zum 31.12.2010.

Diese Tatsachen und die Erwartung zusätzlicher Schlüsselzuweisungen vom Land ermutigen zu der Annahme, dass die Ausgleichsrücklage in 2010 um schätzungsweise **1,5 – 2,5 Mio. €** geschont werden kann.